

18.07.2019

CO₂-Bepreisung darf Stahlindustrie nicht zusätzlich belasten

Am heutigen Donnerstag, den 18. Juli 2019, tagt das „Klimakabinett“ der Bundesregierung, auch um über verschiedene Möglichkeiten einer CO₂-Bepreisung zu beraten.

Dazu Hans Jürgen Kerkhoff, Präsident der Wirtschaftsvereinigung Stahl:

„Die Stahlindustrie in Deutschland steht zum Pariser Klimaabkommen. Klimapolitische Instrumente in den Sektoren Verkehr und Gebäude dürfen jedoch nicht zu zusätzlichen Belastungen für die Stahlunternehmen führen, da diese bereits durch den EU-Emissionsrechtehandel einer CO₂-Bepreisung unterliegen. Eine Erweiterung des europäischen Emissionshandelssystems hätte deutliche Steigerungen des CO₂-Preises und somit eine erhebliche zusätzliche Belastung der energieintensiven Industrien zur Folge. Daher lehnen wir dieses Modell ab. Nur wenn die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Industrie in Europa gesichert wird, werden Investitionen in CO₂-arme Produktionsverfahren möglich sein.“

Die Wirtschaftsvereinigung Stahl (WV Stahl) vertritt die politischen Interessen der stahlproduzierenden Unternehmen in Deutschland mit ihren rund 85.000 Mitarbeitenden gegenüber Politik, Wirtschaft und Öffentlichkeit. Weitere Informationen finden Sie unter: www.stahl-online.de.

Rückfragen
Marvin Bender
Pressesprecher

Wirtschaftsvereinigung Stahl
Sohnstraße 65
40237 Düsseldorf

Fon +49 (0) 211 67 07-116 oder -847
Fax +49 (0) 211 67 07-676
Mail marvin.bender@wvstahl.de